

Regierungspräsidium prüft NABU-Variante

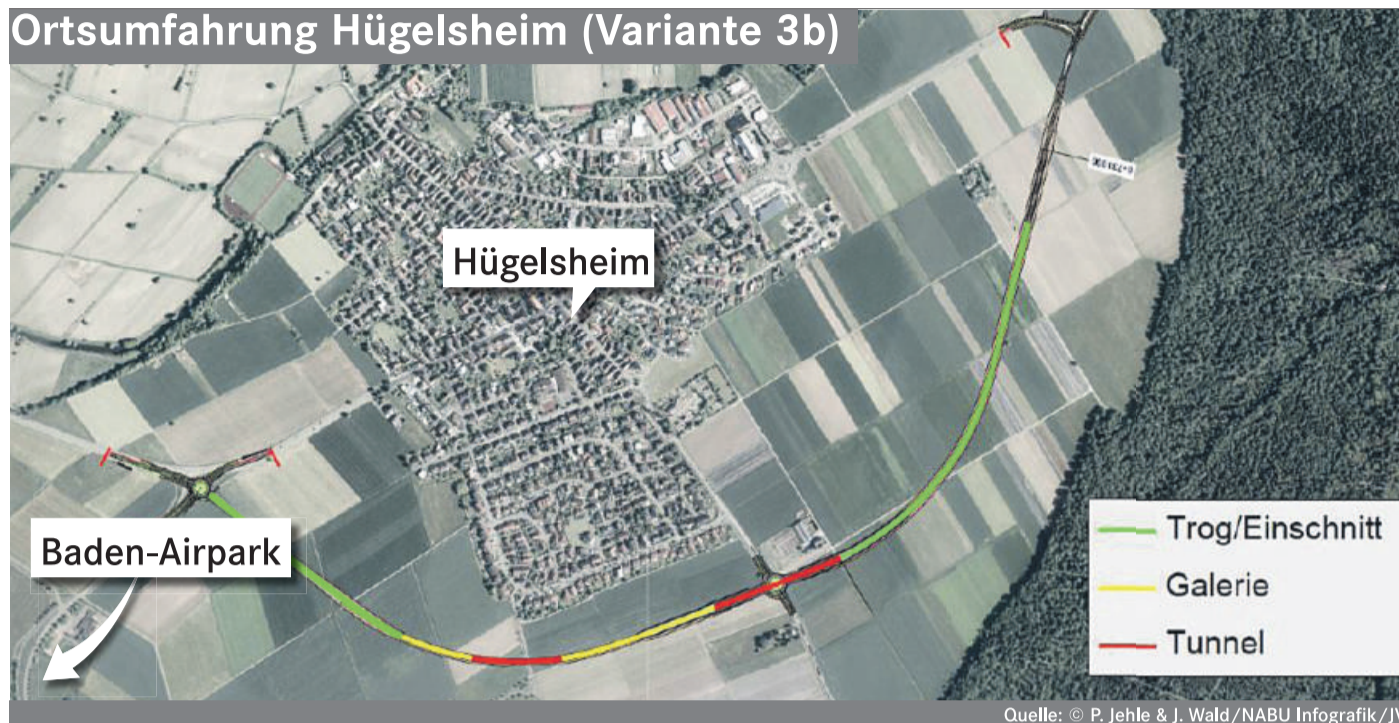
Autobahnanschluss Baden-Airpark: Behörde in Karlsruhe entscheidet über Zumutbarkeit

Von Florian Kreckel

Rastatt – Nicht weniger als 452 Anregungen sind im Sommer bei der Offenlage der Unterlagen für den geplanten Autobahnanschluss des Baden-Airparks über die Ostanbindung (direkte Verbindung zur A5) eingegangen. Eine dieser Eingaben war die sogenannte NABU-Variante – formal als Variante 3b bezeichnet. Sie sieht eine Ortsumfahrung von Hügelsheim und einen Anschluss an die B 500 vor, war jedoch nicht Teil des Planfeststellungsverfahrens. Bis jetzt: Denn in den nächsten Tagen will das Landratsamt entsprechende Unterlagen an das Regierungspräsidium Karlsruhe (RP) zur Prüfung übersenden.

Heißt im Klartext: Das RP prüft nun auch, ob die NABU-Variante eine zumutbare Alternative zu der vom Kreistag auserkorenen Direktanbindung ist. Sollte das der Fall sein, wäre die Ostanbindung passé. „Würde das RP entscheiden, dass die NABU-Variante zumutbar ist, wären wir im Planungsstand quasi wieder am Anfang“, untermauert Landkreis-Dezernent Claus Haberecht. Es wären neue Umweltverträglichkeitsprüfungen und Untersuchungen im Hinblick auf die Tierwelt nötig. Eine Prozedur, die Jahre dauern würde. Im schlimmsten Fall könnte das Haberecht zufolge den ganzen Autobahnanschluss zum Kippen bringen, denn gibt es keinen direkten

Ortsumfahrung Hügelsheim (Variante 3b)



Quelle: © P. Jehle & J. Wald / NABU Infografik / JV

neuen Autobahnanschluss, wäre der Bund bei der Finanzierung des Projektes wohl raus – Land und Kreis müssten die nötigen Summen allein stemmen. Und die wären enorm. Das machten Haberecht und Vertreter des Landes schon Ende Juni deutlich. Denn die dann zu realisierende NABU-Variante würde den Behörden zufolge mehr als 50 Millionen Euro teuer werden, da sie, um die Hügelsheimer Bürger nicht zusätzlich zu belasten, auf weiten Strecken in Tunnel-, Galerie- oder Trogbauweise ausgeführt werden soll. Hinzu käme der dann nötige vierspurige

Ausbau der B 500 ab der Autobahnausfahrt Baden-Baden. Die Ostanbindung würde Halberstung und „Verhinderung Ostanbindung“ – und das gleich aus mehreren Gründen. Zum einen gehen die Ostanbindungsgegner davon aus, dass das Verkehrsaufkommen im Jahr 2030 in der Hügelsheimer Hauptstraße genauso hoch wäre wie heute, da viele Fahrzeuge aus Richtung Rastatt, Frankreich und der Pfalz kämen. Zum anderen moniert der NABU, dass die Ostanbindung durch ein per EU-Recht geschütztes Habitat führe und einen selten gewordenen zusammenhängenden Natur-

raum zerstöre. Der NABU hatte bereits im Sommer eine Klage angekündigt, sollte die Ostanbindung beschlossen werden. Der Landkreis hält dagegen, dass andere Straßen – konkret die K3761 – zurückgebaut werden könnten und sich somit neue Schutzflächen ergäben und das von der Ostanbindung durchschnittene FFH-Gebiet (Schutzzone für Flora, Fauna und Habitat) im Schif-tungsbereich seinen Schutzcharakter nicht verliere, da es dort ein intensives Monitoring sowie Maßnahmen wie Wildbrücken und Schutzzäune geben werde.

raum zerstöre. Der NABU hatte bereits im Sommer eine Klage angekündigt, sollte die Ostanbindung beschlossen werden. Der Landkreis hält dagegen, dass andere Straßen – konkret die K3761 – zurückgebaut werden könnten und sich somit neue Schutzflächen ergäben und das von der Ostanbindung durchschnittene FFH-Gebiet (Schutzzone für Flora, Fauna und Habitat) im Schif-tungsbereich seinen Schutzcharakter nicht verliere, da es dort ein intensives Monitoring sowie Maßnahmen wie Wildbrücken und Schutzzäune geben werde.

Im Blickpunkt

Anzeige gegen OB Palmer

Tübingen (lsw) – Der Streit zwischen einem Studenten und Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) spitzt sich zu. Mittwochabend zeigte eine Begleiterin des Studenten Palmer wegen Nötigung an, so ein Polizeisprecher. Demnach übernimmt nun die Kriminalpolizei die Ermittlungen. Dies sei ein normales Vorgehen, wenn ein Amtsträger involviert sei, hieß es. Mitte November war Palmer späten abends in der Tübinger Innenstadt mit dem Studenten aneinandergelassen. Dem OB zufolge hat der Mann ihn beschimpft und sich laut und aggressiv verhalten. Daraufhin habe er wegen Störung der Nachtruhe dessen Personalien aufnehmen wollen. Der 33-jährige Student gab an, dass Palmer ihm und seiner Begleiterin nachgelaufen sei und sie bedrängt habe. Nachdem er sich nicht habe ausweisen wollen, habe Palmer begonnen, sie zu fotografieren. Die Begleiterin sagte: „Wenn das nicht Boris Palmer gewesen wäre, hätte ich schon an jenem Abend die Polizei gerufen.“ Sie hätte ihn weggeschubsen müssen, um sich der Situation zu entziehen. Palmer reagierte gelassen auf die Anzeige, denn anders als bei einer Privatperson hätten der Student und seine Begleiterin sich ihm gegenüber ausweisen müssen, denn er sei Chef des kommunalen Ordnungsdienstes. „Ich hätte sogar körperlichen Zwang einsetzen dürfen, worauf ich natürlich verzichtet habe.“

Eklat im Landtag

Debatte zur Gewalt an Frauen eskaliert

Stuttgart (bhw) – Für einen Eklat im Landtag sorgten gestern der Kehler AfD-Abgeordnete Stefan Räßle und seine Ex-Fraktionskollegen Heinrich Fiechtner und Wolfgang Gedeon, inzwischen beide fraktionslos. In der von den Grünen beantragten Aktuelle Debatte „Gewalt gegen Frauen geht uns alle an“ beklagte Räßle „als deutscher Mann“ eine „Unverfrorenheit in diesem Parlament gegenüber den deutschen Männern“. Fiechtner sprach von einer „sexistischen Diskriminierung aller Männer“, und Gedeon erklärte, Frauen „lamentieren immer mit der feministischen Klamotte“. Zuvor hatten sich Grüne, CDU, SPD und FDP der „gesamtgesellschaftlichen Aufgabe“, so Dorothea Wehinger (Grüne), angenommen, weil „Frauenrechte Menschenrechte sind“.

Der Streit eskalierte, nachdem schon Christina Baum (AfD) das heikle Thema vor allem unter einem Gesichtspunkt abhandelte: „Die Freiheit der Frauen in unserem Land ist durch den Multikulturalismus zerstört“ und mit der „unkontrollierten Masseneinwanderung junger Männer aus archaischen Stammesgesellschaften“. Gerade syrische Staatsangehörige seien „deutlich überproportional häufig unter den Tätern zu finden, auch deshalb, weil diesen Männern in unserem Staat mit seiner Kuscheljustiz vermittelt wird, dass kriminelles Handeln keine ernstzunehmenden Konsequenzen hat“.

Räßle wurde noch lauter und noch deutlicher. Asylbewerber seien „18-mal krimineller als Deutsche“. Und er verbitte sich „als deutscher Mann, dass Sie mich und alle deutschen Männer in Baden-Württemberg unter einen Generalverdacht stellen mit diesen

Leuten“. Landtagspräsidentin Muhterem Aras schaltete ihm daraufhin das Rednermikrofon ab. Fiechtner warf den Abgeordneten der anderen vier Fraktionen vor, „eine sexistische Diskriminierung aller Männer vorzunehmen“, weil „die Frauen als das Opfer per se und die Männer als die generellen Täter“ eingeordnet würden. Gedeon, dem wie Fiechtner zu jedem Tagesordnungspunkt ein Rederecht von zwei Minuten eingeräumt worden ist, verlangte, auch die „sehr subtile Gewalt von Frauen“ zu beleuchten. Das sei „nicht die Art und Weise, Männer zu vernichten“. In den vielen Zwischenrufen aus den anderen Fraktionen ging schließlich seine These unter, eine derartige politische Diskussion störe vor allem „die Harmonie der Geschlechter“.

Evangelische Kirche ringt um Lösung

Segnung homosexueller Paare: Synode arbeitet an Gesetzentwurf

Stuttgart (lsw) – Während die evangelische Landeskirche in Baden schon länger eine Segnung homosexueller Paare in einem öffentlichen Traugottesdienst ermöglicht, ringt die Landeskirche in Württemberg weiter um eine Lösung des innerkirchlichen Konflikts. Die Synode, das Kirchenparlament, stimmte am Mittwochabend der Weiterarbeit an einem Gesetzentwurf zu, der einzelnen Gemeinden öffentliche Segnungen ermöglichen soll. Das teilte die Kirche gestern mit. Landesbischof Frank

Otfried July hatte um eine Zustimmung geworben: „Wem es wirklich darum geht, dass gleichgeschlechtliche Paare in Württemberg eine Möglichkeit finden, gottesdienstlich begleitet zu werden, den und die bitte ich, sich nicht zu verweigern.“ Vor einem Jahr war ein ähnlicher Kompromissvorschlag von der Synode abgelehnt worden. Der jetzige Gesetzentwurf wurde an einigen Stellen angepasst. Unter anderem soll es nur einer begrenzten Zahl an Kirchengemeinden möglich

sein, ihre Gottesdienstordnungen auf Wunsch entsprechend zu ändern. Sollte sich mehr als ein Viertel der knapp 1.300 Gemeinden der Landeskirche in Württemberg für eine Segnung gleichgeschlechtlicher Paare aussprechen, müsste sich die Synode erneut beraten. Am aktuellen Gesetzentwurf wird nun weiter gearbeitet. Über ihn könnte dann frühestens bei der nächsten Tagung der Synode im März abgestimmt werden, sagte ein Sprecher der evangelischen Landeskirche Württemberg.

Anzeige

Verkaufsstart Pflegeapartements in Rastatt

Die sichere Altersvorsorge



4,6% Rendite

Wählen Sie die beste Anlageform für Ihr Geld und investieren Sie jetzt in den größten Wachstumsmarkt der nächsten Jahrzehnte mit dem Erwerb eines **Pflegeapartements in der Römergarten Residenz „Haus Benedikt“ in Rastatt**. Die absolut richtige Entscheidung für Ihre Zukunft und die Sicherheit Ihres Geldes.

- ✓ Sichere Sachwert-Anlage mit **4,6% Rendite**
- ✓ Provisionsfrei direkt vom Bauträger
- ✓ 20-jähriger indexierter Mietvertrag + 2x 5 Jahre Option
- ✓ Garantierte Mieteinnahmen auch bei Leerstand
- ✓ 10x **Vorteil plus** für Ihre Altersvorsorge
- ✓ Bevorzugtes Belegungsrecht

Römerhaus
Stabil. Sicher. Sorglos.



Ausführliche Infos:
Tel. 06235 - 95830

Römerhaus Bauträger GmbH · Hofstückstraße 26 · 67105 Schifferstadt
Tel. 06235 - 95 83 0 · info@roemerhaus.de · www.roemerhaus.de

Sicherheit im Alter – Erträge sofort.